

## Politische Rundschau.

Deutschland.

\* Der Aufenthalt des Kaisers in Baden wird sich von Sonntag, den 15., bis Dienstag, den 17. April, einschließlich des Aufenthalts auf dem Jagdschloss Hohenbaden zur Auerhahnjagd erstrecken.

\* Der Zollbeamte soll erst in der nächsten Woche wieder zusammentreten. Über den Handelsvertrag mit Portugal ist inzwischen eine Umfrage an die Handelskammern erfolgt, deren Erledigung aber noch einige Zeit im Anmarsch nehmbar wird. Es scheint weitere mit diesem Handelsvertrag zusammenhängende Fragen zu sein, mit denen sich der Zollbeamte demnächst beschäftigen haben wird. Die Angabe, der Zollbeamte sei mit Fragen über das Weinsteuergesetz beauftragt worden, wird als unzutreffend bezeichnet.

\* Es ist jetzt wieder heißtt, wie der Reichstag Ende nächster Woche seine Sesson schließen. Die Parlamentsmündigkeit unter den Abgeordneten hat aber auch einen nicht mehr siegerungsfähigen Grad erreicht. Die Zusammensetzung der einzelnen Kommissionen macht jetzt schon Schwierigkeiten, da kaum die befähigende Anzahl der Mitglieder zusammenzubringen ist.

\* Der deutsche Innungs- und allgemeine Handelskongress trat am Sonntag in Berlin zusammen. Die Zahl der erschienenen Vertreter der verschiedenen Innungen und Verbände wird auf 12- bis 1500 geschätzt.

\* Der Staatsanwälter für Württemberg veröffentlichte eine Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Mittnacht gegen Artikel des Stuttgarter Beobachters und auswärtiger Blätter, in der nachdrückliche Verwahrung gegen die Verdächtigungen der genannten Blätter eingelegt wird, daß v. Mittnacht in irgend einer Beziehung zu den bekannten Angriffen des Alabada-tatsächlich gegen hohe Reichsbeamte stehe. v. Mittnacht erklärt eine derartige Behauptung für eine unwürdige Verleumdung.

\* Kanzler Bösi, der während des Staatskunstfests den Gouverneur vertrat, ist zurückberufen worden und wird disziplinarisch zur Rechenschaft gezogen werden.

Austria-Ungarn.

\* Der Kaiser Franz Joseph empfing die Witwe des Grafen Hartmann, welche ihren Dank abstattete für die ihr bei dem Abschluß ihres Gemahls ausgesprochene Teilnahme des Kaisers.

\* Das österreichische Abgeordnetenhaus hat die Generaldebatte über das Budget geschlossen. Ihren Höhepunkt erreichte sie in der Rede Pleiner's, der alle hervorragenden inneren Fragen beleuchtete und namentlich die Tschecchen einer verdecklichen Haltung der Regierung verdächtigte. Da der Minister demselben aber nur die gänzliche Gleichstellung mit den Deutschböhmern in Aussicht stellen konnte, so wies der Jungfräulein Herzl die dargebotene Hand sofort zurück. Die Art, wie dies geschah, zeigte freilich mehr von unversöhnlichem Trotz, als von politischer Einsicht und Gerechtigkeit, und so blieb denn der Eindruck der Heroldischen Rede ein sehr geringer.

\* Der angedrohte Zeitungskrieg gegen das ungarische Abgeordnetenhaus ist noch vor der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten dadurch beigelegt worden, daß der Präsident Baron Banffy die miffliegende Verfügung über die Auschließung der Journalisten aus den Wandelpalägen und Kurzettärunnen zurückgenommen hat. Abg. Ugron tabellte fest, daß das Verfahren des Präsidenten, der zuerst eine leichtfertige Verordnung erlassen und dann durch sein Zurückweichen die Autorität des Hauses blosgelegt habe. Das Haus nahm jedoch den Bericht des Präsidenten zur Kenntnis und lehnte eine besondere Debatte darüber ab.

Frankreich.

\* Betreffs des Pariser Bombenattentats im Restaurant Hoyot hat die Pariser Polizei noch immer keine Spur gefunden. Wie das Journal des Débats meldet, wurde ein Geheimagent Henri B. infolge der Demunition seiner Handwaffe, der er die Ueberberthalt der Explosions-

sion im Restaurant Hoyot befanni haben soll, verhaftet. Derzelbe hat sich aber als geistesgestört herausgestellt.

\* Gelegentlich eines in seinem Wahlkreise Carcassone ihm zu Ehren vom „Cercle républicain“ gegebenen Banquets erklärte der Handelsminister Marthy, die Regierung achte jede Glaubensrichtung, sie werde es aber niemals zulassen, daß ein Glaube für einzelne Personen Ausnahmestellung schaffe; die Regierung werde dem Schul- und Militärgesetz ohne Nachgiebigkeit und Schwäche Achtung verschaffen.

\* Die Lage der Franzosen in Madagaskar hat sich infolge der Aufstände dort selbst erheblich verschärft. Es sollen von Marinetruppen nach Madagaskar eingeschiffte werden.

England.

\* Die neulichen Erklärungen des Großindustriellen Mater, bezüglich der Vorteile, die die Einführung des Achtsundentages gebracht, haben bereits mehrere große Firmen zur Nachahmung dieses Beispiels bewogen. Am Sonntag beschlossen die Britannia-Werke in Bedford, zur großen Verstärkung ihrer zahlreichen Arbeiter, ohne Verminderung der Löhne, die Arbeit auf acht Stunden festzusezen.

Italien.

\* Die italienische Regierung hat, wie halbamtlich mitgeteilt wird, dem Pilgerzuge spanischer Arbeiter gestattet, nach Italien zu kommen und leinerter Einwendungen bei der Regierung in Madrid erhoben, jedoch mitgeteilt, sie müsse ihn die Bezeichnung dafür überlassen, wenn sich unter den Pilgern auch Anarchisten befinden. In diesem Falle würde die italienische Regierung die ihm notwendig erreichenden Maßregeln ergreifen, um jede öffentliche Aufreßlung zu verhindern. Außerdem hat die italienische Regierung den Bataillen verständigt, sie werde nicht ermangeln. Ihre Pflicht zu thun.

Spanien.

\* Die vielfach nach auswärtig verbreiteten beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Königs von Spanien werden als unbegründet erklärt. — Der spanische Justizminister hatte mit Canovas eine Untersuchung über den Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Anarchisten. Canovas versprach die Vorlage zu unterführen.

\* In den Industriebezirken Spaniens herrschte seit einigen Tagen unter den Arbeitern eine zu ernsten Bedrückungen Anlaß gebende Sorge, die auf die sehr gedrückten Löhne in den Fabriken zurückzuführen ist. Man befürchtet besonders, daß es in Sevilla und Madrid zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und der Polizei kommen wird. Auch die Landarbeiter befinden sich in großer Notlage; sie schließen sich überall den Industriearbeitern an, um mit diesen gemeinsam auf Besserung ihrer Verhältnisse hinzuwirken.

Wallstaaten.

\* Der neue serbische Finanzminister Petrowitsch beabsichtigt, die Einführung der Steuern von den zumeist radikalen Gemeindebehörden auf Staatsbehörden zu übertragen. Die sämige Beitrreibung derselben, namentlich auch unter nichtradikalen Regierungen, bildete bekanntlich stets eines der beliebtesten Mittel der Radikalen zur Störung der Massen. Die Änderung wäre der erste Schritt zu einer einseitigen Änderung der bestehenden Verfassung.

\* In ihrer Antwort auf die Beschwerde Montenegro's über die grauenhaften Zustände an der montenegrinisch-albanischen Grenze erklärt sich die Porte bereit, strenge Maßnahmen zur Verhinderung der albanischen Einfälle zu ergreifen; sie habe diesbezügliche Anträge an den Kaimakam von Tuzi ertheilt und wolle die Grenzgarnisonen durch reguläre Truppen verstärken.

Amerika.

\* In Brasilien dauert der Kampf zwischen Aufständischen im Staate Rio Grande do Sul und den Regierungstruppen mit wechselndem Erfolge fort. Dass die Dinge noch immer nicht in das Gleis gebracht sind, erhellt

der erste Ton ihrer Stimme ließ seine Wünsche verstummen.

„Sie haben recht,“ erwiderte er, „ich sage Ihnen.“

„Ich darf es nicht, weil ich es gern thäte,“ sagte sie halb zu sich. Die Arme, die sie einst in leidenschaftlichem Kummer und Schmerz umschlungen hatten, sollten sie nicht im Tanze leicht umfassen.

„Aber einen Gang über die Terrasse werden Sie mir nicht abschlagen, Carmen.“

Sie schwieg einige Minuten.

„Führen Sie mich lieber nicht in Versuchung,“ sagte sie, indem sie erwiderte. „Das ist mein erster Ball, und die Musik, die Lichter, die vielen Menschen, alles hat mich aufgeregt. Mein Herz ist weich geworden, und es sollte doch hart sein. Nein, Lord Ryeburn, ich will Sie nicht begleiten; bitte verlassen Sie mich.“

„Sie sind grausam, Carmen,“ versetzte er, aber er ging fort und gab sich Mühe, seine Blüten als Wirt zu erfüllen.

Carmen trat auf die Terrasse hinaus und lehnte ihren Kopf an einen Pfeiler. Sie lächelte oft, daß es doch nicht richtig gewesen sei, nach Lancedene zu kommen; sie hatte manche schwere Stunden von ihrem Aufenthalt dort erwartet, aber die Wirklichkeit war doch weit schwerer, als sie gedacht hatte. —

Die schönen Sommertage brachten viele Gäste nach Lancedene. Lady Clara schien sich am wohlsten unter Menschen zu fühlen und war stets lebhaft und heiter, aber sie verbarg darunter eine Unruhe, die sie nicht beklagen konnte, und das war die sich ihr immer wieder aufdrängende

auch aus der Meldung, wonach der telegraphische Dienst in ganz Brasilien aufgehoben sein soll — ein Vorhang, der sich mit der Vorstellung normaler Zustände schwer in Einstellung bringen läßt.

## Deutscher Reichstag.

Auf der Tages-Ordnung der Montags-Sitzung steht zunächst die erste Beratung des Handelsvertrages mit Uruguay. Abg. Graf Kanitz (cons.) erklärt, seine Fraktion habe zu dem Vertrage noch nicht Stellung nehmen können, er glaube aber, daß die Mehrzahl seiner Freunde denselben ratifizieren werde, obwohl in dem Vertrage ein sehr angreifbarer Punkt sei. Uruguay habe nämlich sich das Recht vorbehalten, Brasilien, Argentinien und Paraguay besondere Vergünstigungen einzuräumen. — Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt erwidert hierauf, der Schwierigkeit dieses Vertrages liegt darin, daß Deutschland im allgemeinen die unbedingte Meistbegünstigung zugestanden sei. Die Ausnahmevereinbarungen beträfen nur die Nachbarländer und seien in dem früheren Vertrage auch enthalten gewesen. — Nach kurzer weiterer Debatte schließt die erste Beratung. Der Vertrag wird sofort in zweiter Sitzung ohne weitere Diskussion angenommen. — Es folgt die zweite Beratung des Abkommens mit der Schweiz betr. Patent-, Muster-, und Markenschutz. Die Kommission (Rif. Abg. Bosche, nat. lib.) beantragt, dem Abkommen die Verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Das Abkommen wird nach kurzer Debatte gemäß dem Kommissionsantrage genehmigt. — Es folgt die zweite Lesung der Novelle zum Viehseuchengesetz. Zu § 4 (Abwehrmaßregeln gegen Viehseuchen) fragt Abg. Müller-Sagan (fr. b.) an, ob für Landsgrenzverträge vom Reichsgesundheitsamt die nötigen Direktiven gegeben würden. — Geh. Rat Hauss erwidert, daß für Landsgrenzverträge die genauen Merkmale der Seuchen genau festgestellt werden. Am wirksamsten hätten sich die Einfuhrverbote erwiesen. Quarantänen habe man nicht vorgeschlagen, da diese einmal zu kostspielig seien und sich dann auch leicht zu Ansteckungsberden entwickeln könnten. § 4 wird dann angenommen. § 17 legt fest, daß Vieh- und Wildermärsche, sowie auch öffentliche Schlachthäuser durch beauftragte Tierärzte zu beaufsichtigen seien. Derselbe wird unverändert angenommen. § 18 wird ebenfalls angenommen. Derselbe handelt von der Seuchengefahr und den Maßregeln gegen dieselbe. Zu § 4a (Maul- und Klauenseuche) beantragt Abgeordneter Brunc (nat. lib.), die Bestimmung über die Ausfuhr aller der Seuchengefähr ausgelegten Tiere zu streichen, da gegen das Verbot von Milch aus Seuchengehörigen zu verbieten bzw. an die Bedingung des vorherigen Abschlusses zu knüpfen. Der Antrag Brunc und mit demselben § 4a werden angenommen. Geleno ohne weitere Diskussion der Rest der Vorlage. Schließlich beantragt die Kommission eine Resolution: in betreff der Einschließung von Viehseuchen aus dem Auslande, insbesondere der Maul- und Klauenseuche, die allerstrengsten Maßnahmen zu ergreifen und dauernde oder zeitweise Grenzverträge einzurichten gegen Länder, die den veterinärpolitischen Maßregeln nicht oder unvollkommen genügen. Nachdem noch die Abg. v. Raddorf (freis. l.), v. Bloes (cons.), Hilpert (bayr. Bauernbündner) und Bantle (nat. lib.) für die Resolution eingetreten, wird dieselbe gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

In der Sitzung vom Dienstag steht der Gesetzentwurf betr. die Zahlungsgeschäfte. In zweiter Beratung zur Verhandlung. Nach den §§ 1 und 2 der Vorlage ist bei Ablauf des Vertrages vom Vertrag (weil Käufer vertragsmäßig mit Ratenzahlungen im Auslande ist) „jede Teil verpflichtet, dem anderen im Falle der empfangenen Leistungen zurückzugeben.“ Der Käufer muß also die empfangenen Raten zurückgeben, wogegen ihm keine gemachten Aufwendungen und etwaige Verluste der Ware zu erkennen, sowie für die zukünftige Benutzung der Waren „deren Wert zu vergüten“ sind. Die Vergütung soll vollprozentig festgelegt werden. — Ein Antrag des Abg. Ennecerus (nat. lib.) will hinter „vergütet“ einfügen: „wobei auf die inzwischen eingetretene Veränderung der Sache Rücksicht zu nehmen ist.“

Ein Antrag des Abg. Lenzenmann (fr. b.) will dagegen, daß der Käufer an den Käufer denjenigen Betrag erhalten, um welchen der gegenwärtige Wert, den die zurückzugewährende Sache für den Verkäufer hat, den noch rückständigen Teil des Vertragsaufpreises übersteigt.“ Außerdem hat der Käufer von dem Vertrag, den er hier nach zu rückerhalten würde, noch einen Abzug (im Durchschnitt 5 Prozent jährlich) für Benutzung getrieben. — Sobald beträgt die Abg. Luhnow und Auer (soz.) folgenden neuen § 6: „Wird über den Verlauf einer beweglichen Sache gegen Teilzahlung eine Urkunde ertheilt, so ist der Verkäufer

verpflichtet, dem Käufer der Sache eine zweite Ausfertigung der Vertragsurkunde auszuhanden und die im Besitz des Käufers dauernd zu lassen. Die Ausfertigung des zweiten Exemplars der Vertragsurkunde an den Käufer hat spätestens bei der Lieferprobe der verauflagten Sachen — bei dem entsprechenden Urkunden — spätestens am dritten Tage nach erfolgter Abnahmeung verhältnis — zu erfolgen. Die Ausfertigung gegen diese Vertragsurkunde zieht eine Geldstrafe bis zu 150 Mark nach sich. — Abg. Ennecerus (nat. lib.) hätte eine Kommissionserörterung gern gehabt, doch in dem jetzigen Stadium sei sie jedenfalls nicht mehr möglich. Der Antrag Lenzenmann berücksichtige zu sehr das Interesse des Verkäufers, indem er die zurückzuhaltende Ware dem Verkäufer nur zu dementsprechenden Wert anrechnen wolle, den sie für ihn habe. Seinen Antrag, wonach bei Benutzung der Vergütung auf die inzwischen eingetretene Veränderung der Sache Rücksicht zu nehmen sei, halte er für richtig.“

Der Antrag Lenzenmann wird abgelehnt, § 1 und 2 angenommen, ferner die §§ 3—6, die Anträge Luhnow und Ennecerus. — Abg. Gröber (Zentrum) beantragt einen neuen § 7, durch welchen der Verkauf gegen Teilzahlungen im Unserzischen verboten werden soll. — Staatssekretär v. Bötticher erwidert hierauf, der Schwierigkeit wahrcheinlich in seiner nächsten Sesson eine Novelle zur Gewerbeordnung (Rif. Abg. Bosche, nat. lib.) beantragt, dem Abkommen die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. — Der Antrag Lenzenmann wird abgelehnt, § 1 und 2 angenommen, ferner die §§ 3—6, die Anträge Luhnow und Ennecerus. — Abg. Gröber (Zentrum) beantragt einen neuen § 7, durch welchen der Verkauf gegen Teilzahlungen im Unserzischen verboten werden soll. — Staatssekretär v. Bötticher erwidert hierauf, der Schwierigkeit wahrcheinlich in seiner nächsten Sesson eine Novelle zur Gewerbeordnung (Rif. Abg. Bosche, nat. lib.) beantragt, dem Abkommen die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. — Der Antrag Gröber wird abgelehnt, § 8 (Ausnahmestellung) wird ohne Diskussion angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

## Premischer Landtag.

In der Montags-Sitzung des Abgeordnetenhauses entspannt sich bei der Fortsetzung der Beratung des Eisenbahngesetzes noch nachträglich eine Debatte über die Staffeltarife, die aber ein prächtiges Ergebnis nicht mehr haben konnte. Der Titel „Einnahmen aus Gütertarifen“ wurde erledigt.

Am Dienstag legte der Abgeordnetenhaus die Beratung des Eisenbahngesetzes fort. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß Minister Thielein nähere Mitteilungen über das Abkommen mit den Walzwerken bezüglich der Schieneneinführung möchte. Danach hat die Eisenbahngesellschaft für die nächsten zwei Jahre zum Preise von 108 M. pro Tonne vergeben. Die Verteilung des Bedarfs an die einzelnen Walzwerke wird der Walzwerksverband regeln.

## Von Nah und Fern.

Die preuß. Eisenbahnverwaltung geht mit der Absicht um, die Fahrgeschwindigkeit der Züge auf den Hauptstrecken zu erhöhen. Damit die Sicherheit für das reisende Publikum nicht verringert wird, ist es notwendig, den Oberbau sicher einzurichten. Auf verschiedenen Strecken sind in der letzten Zeit in dieser Hinsicht Versuche angeführt worden, die darauf gerichtet waren, stärker und längere Schienen (statt 7, wie bisher, 9 Meter lang) zu verwenden und die Schwellen, auf denen die Schienen ruhen, näher zusammen zu legen. Die Versuche sollen nach der Dzg. Ag. bewiesen haben, daß es sehr wohl möglich ist, die Geschwindigkeit der Züge ohne Gefährdung der Sicherheit zu erhöhen. Auf der Strecke Elbing-Güldenboden ist man gegenwärtig damit beschäftigt, die bisherigen 7 Meter langen Eisenbahnen durch 9 Meter lange Stahlbahnen zu ersetzen.

Bon der Petroleum-Strassenbeleuchtung gleich zur elektrischen überzugehen, diesen nicht ertragenden Sprung beabsichtigt der Magistrat von Tempel zu unternehmen. Er will demnächst den Stadtverordneten eine dahin gehende Vorlage unterbreiten, da die angestellten Berechnungen ergeben haben, daß die Beleuchtung mit elektrischem Licht sich ebenso billig stellt, wie jene mit Petroleum. Auch soll bei den dortigen Geschäftsleuten Nachfrage gehalten werden, wie viele derselben event. für ihre Lokalitäten elektrische Beleuchtung anlegen lassen würden.

Durch eine glückliche Operation in der Bonner Klinik wurde dem Stationsvorsteher Ulmann in Olpe ein französisches Geschoss aus der Seite entfernt. Dasselbe rührte von einer schweren Verwundung aus der Schlacht von Gravelotte, in der der Genannte mitwohlt. Bei der damals sofort vorgenommenen Operation ist das Geschoss nicht gefunden und dann im Ver-

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...